

Ostdeutsche Morgenpost

Herausgeber: Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Marjacksa 1, Tel. 483; P. K. O. Katowice, Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z ogr. odp., Konto 301989.

Erste oberschlesische Morgenzeitung

Erscheint täglich, auch Montags (siebenmal in der Woche) Sonntags mit der Beilage „Illustrierte Ostdeutsche Morgenpost“ (in Kupfertiefdruck). Bezugspreis: 5 Zloty.

Anzeigenpreise: 10 gespaltene Millimeterzeile im polnischen Industriegebiet 20 Gr., auswärts 30 Gr., Amtliche und Heilmittel-Anzeigen sowie Darlehns-Angebote von Nichtbanken 40 Gr., 4 gespaltene Millimeterzeile im Reklameteil 1,20 Zl. bzw. 1,60 Zl. Gewährter Rabatt kommt bei gerichtlicher Beitreibung, Akkord od. Konkurs in Fortfall. — Anzeigenschluß: abends 6 Uhr

Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, die nach Möglichkeit innegehalten werden, sowie für die Richtigkeit telefonisch aufgegebenen Inserate wird keine Gewähr übernommen und kann die Bezahlung aus diesen Gründen nicht verweigert werden.

Kommunisten wollen Erziehungsheim stürmen

Abwehr durch rechtzeitig geholte Landjäger

(Telegraphische Meldung.)

Berlin, 24. März. In der Nacht zum Sonntag hatten Berliner Kommunisten einen Überfall auf das Landeserziehungsheim Strubeshof zur „Befreiung“ der Zörlinge geplant, der glücklicherweise vereitelt wurde. Etwa 120 Kommunisten rückten gegen 23,30 Uhr in zwei getrennten Zügen zu 40 und 80 Mann aus der Richtung Grohbeeren gegen das Heim vor, wollten es umzingeln und dann stürmen. Der Leiter des Heims war jedoch rechtzeitig über diesen Anschlag unterrichtet worden und hatte die Landjäger ereicht verständigt. Landjäger empfingen die Kommunisten mit schußbereiten Gewehren. Ein junger Bursche gab auf einen der Beamten einen Schuß ab, der fehlging. Die Kommunisten gingen mit Schlagringen und feststehenden Messern gegen die Landjäger vor, die sich nun gezwungen sahen,

zum Gummiknüppel zu greifen. Nach kurzem Widerstand wurden die Demonstranten überwältigt und in drei Lastautos, die das Ueberfallkommando Potsdam geschickt hatte, nach Potsdam gebracht, wo sie einstweilen in polizeilichen Gewahrsam genommen wurden. Die Potsdamer Kriminalpolizei hat die Untersuchung eingeleitet.

Kirchen geschändet

(Telegraphische Meldung.)

Krefeld, 24. März. In der Nacht zum Sonntag sind fast alle Krefelder Kirchen mit roter Farbe beschmiert worden. Kommunistische Sätze prangen am frühen Morgen an den Kirchen. Polizeiliche Ermittlungen wurden sofort eingeleitet.

Bassermann-Feier in Mannheim

Abschluß des Parteitages der DVP.

(Telegraphische Meldung.)

Mannheim, 23. März. Der Reichsparteitag der DVP fand Sonntag nachmittag mit der Enthüllung des Ernst Bassermann-Denkmal's, das Prof. Leberer am Luisenpark in Mannheim errichtet hat, seinen Abschluß. Auch die Minister Dr. Curtius und Dr. Moldenhauer, sowie Frau Luise Bassermann, nahmen an dem Festakt teil. Die Weiberrede hielt der Parteivorstand, Reichsminister a. D. Dr. Scholz, der die Bedeutung Bassermanns würdigte. Er führte u. a. aus:

„Vor einem halben Jahre stand die DVP in tiefster Erschütterung und fassungslosem Schmerz an der Bahre Stresemanns. Heute vereinigen wir uns hier vor diesem Erinnerungsmal für Ernst Bassermann, dem Nachfolger Bennigens und Vorgänger Stresemanns. Bassermann hat bewußt und entschlossen den Grund gelegt zur Entwicklung der Nationalliberalen Partei. Wir grüßen den wahrhaft nationalen, liberalen und sozialen Menschen, der unser Partei neue Wege und Ziele gewiesen hat. Sein Andenken wird nicht erlöschen, so lange es eine Deutsche Volkspartei gibt.“

Farbige Franzosen

Die Schwarzenfrage in Frankreich

Von

Ulrich von Riet

Dünnbesiedelte Gebiete ziehen den Menschenüberfluß dichtbesiedelter Länder an. Diese Tatsache, von jeher eine der wichtigsten Triebfedern der Weltgeschichte, lag in den ältesten Zeiten den „Völkerwanderungen“ zugrunde, und heute verursacht sie nicht weniger folgenschwere nationale Verschiebungen. Häufig wurden und werden die Fremden selbst ins Land gerufen, um sie zu assimilieren und so die eigenen gelichteten Reihen mit fremder Volkskraft wieder aufzufüllen.

Wer heute durch französische Städte, besonders die Hafenstädte, geht, wird auf Schritt und Tritt Schwarzen begegnen. Das gilt besonders für den Süden, zumal für Marseille, aber auch im Norden, in Cherbourg, Le Havre, Boulogne usw. ist ein sehr beträchtlicher Teil der Hafenarbeiter schwarz. Wenn man in Le Havre bei Feierabend in den Strom der Hafenarbeiter hingerät, der vom Hafen zur Stadt zurückflutet, ist man erstaunt, die Schwarzen zu Hunderten dabeikommen zu sehen! Es sind große prächtigmuskulöse Gestalten, von Kaffeebraun bis Rabeenschwarz, die da in ganzen Gruppen, in fremder gutturaler Sprache laut schwärend und lachend dabeikommen. Die weißen Franzosen wirken dazwischen kümmerlich und feineswegs wie die Vertreter des „Herrenvolkes“. Um diese Zeit vermeidet das bessere französische Publikum, besonders die Damenwelt, das Betreten der zum Hafen führenden Hauptstraßen, denn die Neger sind einem handgreiflichen „Schmerz“ nicht abgeneigt. Die Polizei ist machtlos dagegen, denn die Schwarzen sind meist in der Ueberzahl, und man darf es mit ihnen auch nicht verderben denn — „Frankreich braucht seine schwarzen Söhne“.

In stillen Seitenstraßen sieht man die unvermeidliche Folge dieser Schwarzen-Invasion: Da schiebt eine weiße Frau einen Kinderwagen, in dem ein bräunlicher oder schwärzlicher Säugling liegt, oder man sieht zwischen den weißen Straßenkindern eines spielen, dessen Hautfarbe, Kopfform und Wulstlippen sofort den Mutlatten verraten. Nebenan, vor dem Kasermentor, über dem die Tricolore flattert, steht indessen ein Posten im graublauen Mantel und flachen Stahlhelm, dessen zierliche Figur und grünelches Schlitzenangeficht aus Ostasien stammen: ein Unamite!

Frankreich war nach dem Weltkrieg als Volk völlig erschöpft und fast weißgeblutet. Die ungeheuren Opfer, die es auf den Schlachtfeldern gebracht hat, waren bei einem Volke, das ohnehin schon immer die geringste Geburtenziffer hatte, nicht mehr einzubringen. Deshalb sind die Franzosen jetzt außerstande, die weiten Erdräume auszufüllen, die sie besitzen. In ganz Frankreich ist außer dem Pariser Raum nur die Gegend um Ville-Tourvaing an der belgischen Grenze dicht besiedelt und voller Leben. Das ganze übrige Frankreich liegt in einer Art Dornröschenschlaf. Kommt man aus den lichterläuzenden und lebenssprühenden deutschen Städten, so fällt einem der Unterschied besonders auf: Dort wird es um neun Uhr abends leer auf der Straße, und die kleinen, altmodischen Häuschen liegen dann bald dunkel. Es ist dort nichts „Los“, kein Betrieb, kein

Doch Sanktionen?

Räumungsvorbereitungen im Gange

(Telegraphische Meldung.)

Paris. In der gemeinsamen Sitzung der Kammerausschüsse für Auswärtiges und Finanzen, in der Ministerpräsident Lardieu und Außenminister Briand auf Fragen über den Youngplan antworteten, führte Briand wegen der Räumung aus:

„Frankreich hat keinen Grund und kein Interesse, die Rheinlandbesetzung zu verlängern. Die Räumung wird zum vorgesehene Zeitpunkt beendet sein, es sei denn, ein nicht vorher zu sehender Umstand tritt ein, beispielsweise die Weigerung des Parlaments, den Youngplan zu ratifizieren. Uebrigens glaube ich zu wissen, daß der Kriegsminister bereits sämtliche notwendigen Maßnahmen getroffen hat, um die Räumung durchzuführen.“

Auf eine Frage, was die Worte des Haager Abkommens von der Wiedererlangung der Aktionsfreiheit der Mächte im Falle eines Schiedspruchs des Haager Gerichtshofes, der eine Verletzung Deutschlands feststelle, bedeuteten, antwortete Ministerpräsident Lardieu, man müsse in diesem Falle auf das Völkerrecht Bezug nehmen, das die Bedeutung dieser Aktionsfreiheit definiere. Auf eine neue Frage des Abg. Guh, ob diese Formel eventuell Wiederbesetzung des Rheinlandes in sich schließe, antwortete Ministerpräsident Lardieu, daß die Aktionsfreiheit Frankreichs eine völlige bleibe.

Polnische Vorbereitungen auf den Handelsvertrag

Die polnischen autonomen Zollsätze für Maschinen und Apparate sind bekanntlich derart überhöht, daß von der polnischen Regierung selbst in weitgehendem Umfang Ermäßigungen im Einzelfalle vorgenommen werden. Bis 30. Juli 1929 konnte der polnische Finanzminister Ermäßigungen für Maschinen, die nicht in Polen hergestellt werden, bis zu 80 Prozent erteilen, d. h. es brauchten nur 20 Prozent der Zollsätze erhoben zu werden. Vom genannten Termin ab wurde die zulässige Ermäßigung auf 75 Prozent herabgesetzt. Es war dies damals die Zeit, in der Vertreter der deutschen Maschinenindustrie in Warschau darüber verhandelten, welche Sorten von Maschinen im einzelnen als solche anzusehen sind, die in Polen nicht hergestellt werden. Seit dem 1. Januar ist der Ermäßigungsatz weiter zurückgeleitet worden, und zwar auf 65 Prozent, jedoch heute mindestens 35 Prozent der autonomen Zollsätze erlegt werden müssen. Wenn es teilweise in der Deffentlichkeit als ein besonderer Erfolg der Handelsvertragsverhandlungen hingestellt wird, daß Polen bei der Einfuhr von Maschinen, die in Polen nicht hergestellt werden, Ermäßigungen bis zu 65 Prozent des Normalsatzes gewährt, so ist derjenige, der diese Vorgänge nicht kennt, vielleicht über die Höhe dieses Prozentsatzes erstaunt und geneigt, einen großen Erfolg anzunehmen. Wie die Entwicklung der Bestimmungen zeigt, ist jedoch umgekehrt festzustellen, daß in Erwartung des Abschlusses des deutsch-polnischen Handelsvertrages diese Bestimmungen wesentlich ungünstiger gestaltet worden ist. Es dürfte interessant sein, zu beobachten, wie die Entwicklung weiterhin sich gestaltet.

Neue Wege des Zentrums

(Telegraphische Meldung.)

Magdeburg, 24. März. In Schönebeck an der Elbe sprach der ehemalige Reichsminister Dr. Marx vor den Zentrumsmitgliedern des Bezirks über „Die Schicksalsstunde des deutschen Volkes“. Er bedauerte die fehlende Einheit im deutschen Volke und gab einen Ueberblick über die Ereignisse seit der Zeit der Revolution. In der Frage der Monarchie oder Republik gelte für das Zentrum als Richtschnur immer nur das Wohl der Allgemeinheit und nicht das Wohl einer Regierung. Wenn jetzt der Youngplan ratifiziert sei, werde man die Zeit finden, um die Kriegsschuldfrage zu klären.

In einer Verammlung der Zentrumsparlei in Wiesbaden sprach

Berkehrsminister Dr. Stegerwald

über das Thema „Deutschlands Lage nach Neuregelung seiner Reparationsverpflichtungen“. Der Minister führte u. a. aus, kein Mensch könne sagen, ob der neue Plan ausführbar sei oder nicht. Darüber freilich bestche keine Meinungsverschiedenheit, daß Deutschland allein diesen Plan nicht ausführen könne. Es hänge davon ab, inwieweit die übrige Welt Deutschland einen bevorzugten Platz in der Weltwirtschaft einzuräumen gewillt sei. Die Finanzmisiere des Reiches gehe zurück auf das große Arbeitsbeschaffungsprogramm vom Jahre 1926, auf die Steuererhöhung von 500 Millionen im Jahre 1926, auf Art und Umfang, wie die Arbeitslosenversicherung in 1927 gestaltet wurde, und auf die

Beamtenbesoldung von 1927. Der Redner sieht gegenwärtig in der deutschen Wirtschaft vier große Krankheitsercheinungen: die öffentlichen Abgaben seien zu hoch, die deutsche Kapitalbasis zu schmal und daher das Geld zu teuer; die Rationalisierung sei in der Gütererzeugung überhastet und in der Güterverteilung zu mangelhaft durchgeführt worden. Die deutsche Landwirtschaft sei in den letzten Jahren unrentabel, und daher nicht ausreichend kaufkräftig gewesen für den deutschen Markt. Diese vier Krankheitsercheinungen in der deutschen Wirtschaft zeitigten als gemeinsame Folgeerscheinung die große Arbeitslosigkeit. Ein überspannter Optimismus sei trotzdem unangebracht. Das deutsche Volk zähle nach wie vor zu den fleißigsten Völkern der Welt; es sei auch im ganzen noch sittlich und moralisch gesund. Deutschland stehe allerdings in den nächsten Monaten und Jahren

vor entscheidenden Aufgaben.

Es müßte die deutsche Außenpolitik, Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik, Steuerpolitik und Sozialpolitik als eine Einheit sehen und beurteilen lernen, und zu einer stabilen äußeren und inneren Wirtschaftspolitik kommen. Bei der deutschen Wirtschaftspolitik sei der Agrarpolitik eine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die drei Millionen meist unverschuldet Arbeitslosen könne man nicht verhungern lassen. Wenn man diese vor die Wahl stelle, ob verhältnismäßig kärgliche

